

In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:
Neutralität - Direkte Demokratie - Eigenstaatlichkeit.

Neutrales Freies Österreich

www.nfoe.at

10-12/2021/ Nr. 78

Die Regierung warnt vor einer Spaltung der Gesellschaft und setzt Maßnahmen, die genau dies bewirken



Liebe Leserin!

Lieber Leser!

Die Politik scheint Evidenz, Ausgewogenheit und Vernunft als Prämissen ihres Handelns verloren zu haben. Irgendwie hat man das Gefühl, sie unterliege einem unnatürlichen Druck von außen, sie wirkt wie getrieben, vieles ist widersprüchlich. Doch jedes Hinterfragen der öffentlich verordneten Meinung und der Maßnahmen scheint geradezu tabu zu sein. Wer sich nicht fügt, muss mit unangenehmen Konsequenzen rechnen. Wieso gibt es keine kritischen Berichte in den großen Medien? Ist wirklich alles so eindeutig, wie es die Regierung von sich gibt? Ich bezweifle es und einige Ärzte in meinem Freundeskreis bestätigen das, wenn auch inoffiziell. Wir haben einige auffallende Widersprüche in diesem Heft zusammengetragen und auch etwas von dem, was sich sonst noch im Schatten der „Corona-Krise“ ereignet.

Druck erzeugt Gegendruck. Und so gibt es immer mehr Menschen, die an der offiziellen Doktrin ihre Zweifel haben und diesem auch Ausdruck verleihen. Allerdings stoßen sie meist schon in ihrer unmittelbaren Umgebung an Grenzen: am Arbeitsplatz, in der Öffentlichkeit, im Freundeskreis, auch in der Familie. Eine allgemein gedrückte Stimmung ist das Ergebnis. Und man fragt sich, ist das etwa Absicht? Soll die Gesellschaft gespalten werden in Befürworter und Gegner der Maßnahmen, in Geimpfte und Ungeimpfte, um sie zu schwächen und fügsam zu machen? Oder soll der allgemeine Unmut sogar in Gewalt münden?

Kein vernünftiger Bürger unseres schönen Landes kann das wohl wirklich wollen.

Deshalb darf es insbesondere in Zeiten der Not, des öffentlichen Drucks und der Verwirrung nicht an Verstand und Vernunft von uns allen mangeln. Der soziale Frieden ist einfach zu wichtig! Wozu haben unsere Eltern und Großeltern dieses Land aufgebaut, wenn wir es nicht zu schützen vermögen?

Mein Appell lautet: Lassen wir uns nicht spalten! Setzen wir nicht auf Konfrontation, sondern auf Geduld und Kooperation. Haben wir Verständnis füreinander! Auch die, deren Meinung wir nicht teilen, haben es verdient, dass wir ihnen mit Respekt und Wertschätzung begegnen und in Frieden mit ihnen leben. Das heißt nicht, dass wir unsere Meinung verschweigen müs-



Bild: RP

Staatsfeiertag 2021

Fahnen am Landhaus in Innsbruck

Hat die Tiroler Regierung sie in einer überzeugten Pro-Österreich-Haltung oder lediglich aus Traditionsgründen gehisst?

Anlässlich dieses Feiertags möchten wir zum wiederholten Mal in Erinnerung rufen, dass wir uns von den Fesseln der Europäischen Lügenunion, die nicht ein einziges ihrer Versprechen anlässlich der Volksabstimmung im Juni 1994 gehalten hat, endlich lösen müssen, um wieder selbst über wesentliche Fragen entscheiden zu können, über Massenzuwanderung, Außenpolitik, Grenzschutz, Umwelt- und Verkehrsfragen u.v.a.

sen. Der Ton macht die Musik.

Die Adventzeit steht ins Haus, die Zeit der Hoffnung. Lassen wir uns nicht entmutigen!

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, liebe Leserin, lieber Leser, ein schönes Weihnachtsfest und vor allem ein gesundes und friedliches Neues Jahr 2022.

Ihr Gerald Grüner

Inhalt

- Die Regierung warnt vor Spaltung1
- Die Inflation ist da – und wird bleiben ..2
- Nicht nur die Politiker korrumpieren die Medien.....2
- Das Märchen von der Pandemie der Ungeimpften3
- Wozu braucht die EU ein Vermögensregister?4
- Lesens-, sehens-, hörens-wert4
- Wussten Sie? 4-6
- Lesermeinungen 6-7
- Positives, Erfreuliches 7-8

Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.

Benjamin Franklin, Mitverfasser der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten.

Die Inflation ist da – und wird bleiben

Ein deutliches Symptom, dass mit unserer westlichen Gesellschaftsordnung grundsätzlich etwas nicht stimmt, sind die vielen krisenhaften Erscheinungen der letzten Zeit, vor allem auf wirtschaftlicher Ebene: Dotcom-/Technologiekrise 2000, Immobilienkrise 2008, Banken-, Schulden- und Eurokrise die Jahre danach, die laufend herbeigeredete Klimakrise und die Coronakrise.

Dazu tritt jetzt, was unabhängige Wirtschaftsforscher schon seit längerem prognostiziert haben, eine veritable Inflationskrise auf den Plan. Die Inflation, bisher beschränkt auf Aktienwerte und Immobilienpreise, ist nun auch bei den Rohstoffen und Großhandelspreisen angekommen, und es ist nur eine Frage der Zeit, dass sie auch auf die Verbraucherpreise übergreift. Einen Vorgeschmack davon haben wir bereits: die Inflationsrate in Österreich beträgt 3,6% (ein Zehnjahreshoch!), in der Eurozone 4,1%, in den USA 5,4% (Stand: Oktober 21). Das ist deutlich mehr als die von den Zentralbanken unter Vorspiegelung falscher Tatsachen angepeilten 2%.

Die Ursache dafür liegt nicht so sehr in dem immer wieder herangezogenen – angeblichen – Wirtschaftsaufschwung

und dem damit verbundenen kurzfristigen Warenmangel, sondern vor allem in der **exorbitanten Geldmengenerhöhung** der Zentralbanken und ihren Anleihekäufen, die sich, getarnt als Corona-Hilfsmaßnahmen, bis zur Zügellosigkeit gesteigert haben. Zu glauben, dass das ohne Folgen bleiben würde, war ein gewaltiger Irrtum. Das wäre in der Wirtschaftsgeschichte einmalig gewesen. Auch die CO₂-Abgaben treiben die Preise in die Höhe, was meist verschwiegen wird.

Die Zentralbanken sind nun in ihrem selbst gestrickten Netz gefangen und können nur mehr zwischen einem zeitnahen Crash durch Anhebung der Zinsen oder einem Crash etwas später durch Hyperinflation wählen. Wahrscheinlich werden sie sich für Letzteres entscheiden. Das hat nicht nur den Vorteil, dass die Verantwortlichen dann schon über alle Berge sind, sondern auch dass sich die Schuldner noch auf Kosten der Sparer und Steuerzahler, das sind vor allem die „kleinen Leute“, entschulden können. Insofern ist die Frage berechtigt, ob die Inflation nicht gewollt ist. Das würde auch noch die nötige Vorbereitungszeit für die Abschaffung des Bargeldes und Einführung der Digitalwährungen, wie z. B. den



Werbeplakat einer internationalen Warenhauskette in einem Einkaufszentrum in Innsbruck.

Kann bei diesen Artikelzahlen noch von einem gesunden Maß beim Konsum gesprochen werden? Sind die westlichen Industriegesellschaften nicht bereits „pandemisch“ schwer krank? Hätten da eine Intensiv-Therapie, selektive Einschränkungen des (globalen) Angebots, Chancen auf Heilerfolg?

Bild: RP

digitalen Euro, sicherstellen. Damit wäre eine wesentliche Voraussetzung für das Sozial-Kredit-System nach chinesischem Vorbild geschaffen. Geld würde dann dem Einzelnen nur mehr nach Maßgabe seiner Willfähigkeit gegenüber dem politischen System und den davon profitierenden Multi-Milliardären zugeteilt werden. *Quelle: statistik-austria.at*

Nicht nur die Politiker korrumpieren die Medien, es geht auch umgekehrt

Sowohl die Ibiza-Affäre, als auch die Berichte um den Rücktritt von Sebastian Kurz ergaben ein **erschreckendes Sittenbild**. Regierungen, Ministerien, Parteien und staatsnahe Unternehmen geben, die offizielle staatliche Presseförderung gar nicht mitgerechnet, jedes Jahr Millionen aus, um sich durch oft belanglose Werbung mittels Inseratenschaltungen eine fügsame Berichterstattung im journalistischen Teil der als „unabhängig“ bezeichneten Medien zu sichern. Man kann so etwas auch „anfüttern“ nennen. Das geschieht mit anscheinend unbegrenzt zur Verfügung stehenden Mitteln aus dem Steuertopf und aus der Parteienförderung. Diese ist in Österreich die höchste weltweit – und will natürlich verwendet werden.

Doch damit nicht genug. Die Debatte über diesen Skandal, den die beiden anfangs erwähnten Ereignisse zutage gefördert haben, heftig geführt in den

sozialen Netzwerken, wurde vor allem von den großen Tageszeitungen kaum bis überhaupt nicht aufgegriffen. Man begegnete einem Kartell des Schweigens wie bei der Mafia. Der Grund liegt darin, dass die **Medien selbst „Teil des Spiels“** sind. Allzu oft geschieht es nämlich, dass umgekehrt auch die Medien Druck auf die Politik ausüben, indem sie im Falle des Nichteingehens auf ihre Forderungen damit drohen, dass sie mit zielgerichteten Negativ-Kampagnen darauf reagieren würden, die schon so manchen Politiker Kopf und Kragen gekostet haben. Es haben also auch die Medienvertreter in diesem System gegenseitiger Abhängigkeiten und Erpressungsversuche kein Interesse an einer transparenten Aufarbeitung.

Es ergeben sich daraus zahlreiche Fragen, z. B.: Wie demokratisch ist ein Staat, der mit Steuergeldern Druck auf die Presse ausübt? Ist es Aufgabe des

Staates, in Widerspruch zu einer freien Wirtschaft mit Presseförderungen aus Steuermitteln Medienverlage, die ohne diese schon längst Konkurs angemeldet hätten, künstlich am Leben zu erhalten? Gibt es in Österreich, abgesehen von einigen alternativen Nischenprodukten, überhaupt eine unabhängige Medienlandschaft? Wenn nein, was bedeutet das für unsere (angebliche) Demokratie? Dieser typisch österreichische Sumpf, in dem Administration, Parteien und Medien baden, gehört dringend trockengelegt, auch wenn es noch so schwer ist. Das Medientransparenzgesetz von 2012 ist zumindest ein Anfang, gehört aber überarbeitet und verschärft. Die Parteienförderung muss drastisch reduziert werden. Wir wollen objektive Medien mit freier Diskussionskultur.

Quelle: explizit.net/artikel/noch-korrup-ter-journalismus-in-oesterreich/

Das Märchen von der Pandemie der Ungeimpften

Man hört es von Politikern, man hört es aus den Medien: *Was jetzt abläuft, ist eine Pandemie der Ungeimpften. Der Großteil der Infizierten und 90-95% der Covid-Fälle auf den Intensivstationen sind Ungeimpfte. Diese sind schuld daran, dass die Pandemie nicht beendet werden kann, weil sie sich selbst und andere nicht schützen.*

Wie kommen solche Zahlen zustande? Was ist von solchen Aussagen zu halten?

Was die **Inzidenzen** betrifft, genügt es, in dem Wust von Ungereimtheiten etwas den Hausverstand einzuschalten. Geimpfte müssen sich kaum mehr testen lassen. Also treffen logischerweise positive Testergebnisse – abgesehen von ihrer eklatanten Unzuverlässigkeit – hauptsächlich die Ungeimpften. **Mehr Testungen ergeben höhere Inzidenzen.**

Wird jemand aus welchen Gründen auch immer in ein **Krankenhaus** eingeliefert, spielt sich folgendes ab: Die Patienten werden sofort nach ihrem Impfstatus befragt. Dabei gelten neben tatsächlich Ungeimpften auch nur 1 x Geimpfte als nicht geimpft, wenn es sich um einen Impfstoff handelt, der 2 x verabreicht werden muss, ebenso auch 2 x Geimpfte, sofern die letzte Impfung weniger als 14 Tage zurückliegt (wichtig bei Impfschäden!). Es tummeln sich hier also eine Menge tatsächlich geimpfter Personen und gehen als nicht geimpft in die Statistik ein, weil eine der menschlichen Logik widersprüchliche Definition es so will. Diese Patienten werden daraufhin meist mit einem PCR-Test, der weder für die medizinische Diagnostik zugelassen noch brauchbar ist, getestet, nicht aber die Geimpften. Ist das Testergebnis positiv, sind das aktive Covid-Fälle, auch wenn sie keinerlei Symptome aufweisen, z.B. wenn jemand aufgrund eines Unfalls auf der Intensivstation liegt.

Bei den Geimpften läuft es ganz anders ab. Diese werden nur dann getestet, wenn sie ein ausgeprägtes typisches Covid-Krankheitsbild haben. Ist dann der PCR-Test

positiv, spricht man von einem „wahrscheinlichen Impfdurchbruch“. Da andere geimpfte Patienten in der Regel nicht getestet werden, kommen sie in dieser verqueren Statistik auch nicht oder kaum vor. **Eindeutiges Ziel dieser statistischen Taschenspielertricks ist es, den Anteil der Ungeimpften an den Covid-Fällen möglichst hoch aussehen zu lassen.** Es soll der (falsche) Eindruck entstehen, dass man als Geimpfter in geringes Risiko trägt.

Doch trotz dieser aufgelisteten Verfahrensvoraussetzungen können selbst die Statistiken von Krankenhausträgern diese Zahlen nicht bestätigen. So gibt z. B. für den 19.10. die OÖ. Gesundheitsholding folgende Zahlen an: 64 Covid-Patienten auf den Normalstationen sind geimpft, 92 nicht geimpft; 7 auf den Intensivstationen geimpft, 24 nicht geimpft. Das ist weit weg von einem Verhältnis 1 zu 9, auch wenn man berücksichtigt, dass zu diesem Zeitpunkt bereits ca. 60% der Oberösterreicher geimpft waren. Inzwischen ist eine **dramatisch** steigende Tendenz des Anteils an Geimpften bei den Hospitalisierten festzustellen. **Die Wirksamkeit der Impfung und die Dauer des Impfschutzes dürften massiv überschätzt und die Geimpften in falscher Sicherheit gewiegt worden sein.**

Eine groß angelegte, im *European Journal of Epidemiology* veröffentlichte Studie aus den USA, die die Zahl der Covid-Fälle und die Impfquoten von 68 Ländern und 2947 US-Bezirken miteinander verglich, kam zu dem Ergebnis, dass es **keinen statistischen Zusammenhang** zwischen beiden gibt. Es geht wohl nichts über eine natürliche Immunisierung.

Der Sinn der Impfung ist es, die Wahrscheinlichkeit schwerer Krankheitsverläufe und Intensivbehandlungen zu verringern, nicht mehr, aber auch nicht weniger. Für Menschen, die einer Risikogruppe angehören, kann sie eine Option sein – unter sorgfältiger Abwägung des Für und Wider. **Das**



Bild: ORF- ZIB1 – screenshot

Sonderbare Begrüßungszeremonie zweier langjähriger Parteifreundinnen“ beim EU-Gipfel am 21. Oktober.

EU-Kommissionspräsidentin Van der Leyen versucht ihre vormalige Chefin Angela Merkel auf altgewohnte Art zu begrüßen, doch die Noch-Bundeskanzlerin zieht ihre zur Faust geballte Hand verschreckt zurück. Van der Leyen blieb dann keine andere Wahl, als die Faust zu schütteln.

Wir kennen die Gründe nicht, sind es nur Corona-Berührungsängste von Frau Merkel oder kann man daraus auf persönliche Differenzen schließen?

Merkel hinterlässt bei ihrem Abschied aus dem Amt einen nach wie vor nicht souveränen, von den USA abhängigen Staat, der von einer einseitigen, ideologiegetriebenen Debattenkultur, Wirtschafts- und Industriespionage, Firmenübernahmen durch das Ausland, Überwachung der Telekommunikation und der digitalen Netzwerke und Exportkontrollen geprägt ist.

Risiko einer Ansteckung wird durch die Impfung nicht ausgeschaltet, weder für sich selbst noch für andere. Die hohen Erwartungen, die von der Politik an die Impfung als entscheidender Strategie zur Beendigung der Covid-Pandemie geknüpft werden, sind deshalb nicht gerechtfertigt, ebenso nicht der Druck auf die Ungeimpften. Vollends eine nutzlose Schikane ist es, wenn das Arbeiten und damit der Lebensunterhalt von der Befolgung der 3-G- bzw. 2,5-G-Regel abhängig gemacht wird.

Wenn trotzdem Geimpfte weiterhin kaum getestet werden, weder im Alltag noch in den Krankenhäusern, liegt der Verdacht nahe, dass es der Politik letzten Endes nicht um den Gesundheitsschutz der Bevölkerung geht, sondern darum, diese **in möglichst hoher Zahl zu den Impfungen zu treiben** – noch mehr von der falschen Medizin. Weshalb wohl?

Quellen: de.statista.com, neuemitte.org, facebook.com/Gesundheitsholding, link.springer.com/article/10.1007/s10654-021-00808-7

Corona-Erlebnisse

Mir kommt alles so falsch vor. Man sieht fast nur noch die Jungen unterwegs, und es gibt unendlich vereinsamte Alte. Sie huschen durch, als ob sie Gespenster wären. Vielleicht war das immer so, aber jetzt ist es auffällig. Wenn ich daran denke, wie man die Leute im Altersheim hat sterben lassen! Für mich müsste man die Verantwortlichen vor das Völkergericht stellen. Es gibt viel Schlimmes in der Geschichte, aber das war eine Variante und Nuance, wie wir sie noch nicht gekannt haben.

Aus: „Peter Handke“ kassierte Strafmandat für Lockdown-Verstoß“, orf.at (* Nobelpreisträger - wohnt derzeit in Frankreich)

Wozu braucht die EU ein Vermögensregister?



Zur besten Ferienzeit im Juli, heimlich still und leise, um kein Aufsehen zu erregen, hat die EU-Kommission Machbarkeitsstudien zu einem EU-weiten Vermögensregister ausgeschrieben, was erst in den letzten Wochen breiteren Kreisen bekannt geworden ist. Sie sollen Möglichkeiten untersuchen, die bereits in vorhandenen Registern, Grundbüchern, Unternehmensregistern u. dgl. enthaltenen Informationen über das Vermögen z.B. an Bank- und Depotguthaben, Grundstücken, Unternehmen, Kryptowährungen, Kunstwerken, Immobilien, Gold oder Kraftfahrzeugen in einem einzigen EU-weiten Register zusammenzuführen und mit möglichst ge-

nauen Wertangaben zu versehen. Ziel dieses seltsamen Unterfangens, das dem von derselben EU-Kommission vor einigen Jahren ausgegangenen Datenschutz-Exzess komplett entgegengesetzt ist, soll wie schon beim Projekt der Bargeldabschaffung die Bekämpfung von Geldwäsche und Steuerhinterziehung sein. Fraglich ist aber, ob beide ihren Zweck erfüllen werden bzw. sollen. Bargeld kann man wunderbar auch digital waschen. Es muss auch nicht unbedingt in der EU sein. Zieht man in Betracht, dass Brüssel die Steuerhinterziehung in großem Stil mittels der Cum-Ex-Geschäfte jahrelang geduldet hat, ohne auch nur einen Finger zu rühren, und Steueroasen innerhalb der EU nach wie vor duldet, hat man ohnehin berechnete Zweifel daran, ob sie, die ent-

sprechende Klientel der milliardenschweren internationalen Finanzkriminellen vor- ausgesetzt, ein wirkliches Interesse an der Bekämpfung von Steuerhinterziehung hat.

Wohl aber kann man mit einem solchen Vermögensregister in der Hand politisch unliebsamen Personen und Institutionen ordentlich zusetzen.

Uausgesprochenes Hauptmotiv vor dem Hintergrund einer massiv angestiegenen staatlichen Verschuldung ist allerdings **die Ausplünderung des mit einem solchen Register „gläsern“ gewordenen Normalbürgers und des Mittelstandes**, getarnt als „coronabedingte Vermögensabgaben“ oder „Klimasteuern“. Dazu muss man wissen was und wieviel wo zu holen ist. *Quellen: neopresse.com, goldseiten.de*

Lesenswert – sehenswert – hörenswert!

- **Naturschutz muss Menschenschutz werden!** Wo bleibt ein Naturschutz, der Hand in Hand geht mit dem Menschenschutz, mit dem Schutz vor Krieg, atomarer Bedrohung und Verseuchung, vor millionenfachem Hungertod und vor krassester wirtschaftlicher Ausbeutung durch den neoliberalen Totalitarismus, wie wir ihn nie zuvor erlebt haben? www.zeit-fragen.ch
- **In Holland werden nun die Bankkonten von Impfskeptikern gesperrt.** www.uncutnews.ch
- **Der größte Verzweiflungsakt, damit das instabile System nicht kollabiert.** Ernst Wolff zur aktuellen Lage (Sept. 2021): Video (Dauer: 38:48). www.bitchute.com
- **Dr. Hans Georg Maaßen trifft Thilo Sarrazin.** Thema: Wie geht es weiter mit Deutschland? www.youtube.com (Dauer: 1:47:12)
- **Corona: Grundrechtsverletzung durch 3-G?** Youtube Video (Dauer 20:20). www.youtube.com
- **Italienisches Gesundheitsinstitut senkt seine offizielle Covid-Todeszahl drastisch.** Die ital. Gesundheitsbehörden reduzierten laut eines Artikels der Zeitung „Il Tempo“ die Zahl der tatsächlich „an“ Covid-19 Verstorbenen um über 97 Prozent. Die anderen Verstorbenen litten unter zumindest einer schweren, potentiell tödlichen Vorerkrankung. www.uncutnews.ch
- **Die Bedeutung eines soliden, wertebasierten Fundaments.** Wertewandel im heutigen Russland und der radikale Wertewandel im Westen. Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin vor dem internationalen „Waldai-Klub“ in Sotschi. www.zeit-fragen.ch
- **Ungarn – Freiheit und Liebe.** Plädoyer für eine verleumdete Nation und ihren Kampf um Wahrheit. Elmar Forster, der österr. Autor dieses Buches, der lange Jahre in Ungarn lebte, sucht darin nach den Ursachen der unterschiedlichen Wahrnehmungsweisen der politischen und kulturellen Realität zwischen West- u. Osteuropa. ISBN-Nr.: 978-3873367180

Wussten Sie.....?

Die falschen Lehren der EU aus dem Afghanistan-Debakel

Der fluchtartige Abzug der NATO aus Afghanistan, in dem sie für mehr als eine halbe Million Tote, zumeist unbeteiligte Zivilisten, verantwortlich ist, könnte für die Akteure ein Anstoß sein, die eigenen Grundsätze und Verhaltensweisen zu überdenken und eventuell zu korrigieren. So machen das zumindest intelligente Menschen. In diesem Fall könnten vielleicht **militärische Interventionen** nicht die Lösung sein, sondern eher **Teil des Problems**. Doch EU-Politiker dringen offenbar nicht zu dieser Erkenntnis durch, sondern verrennen sich im Gegenteil. Sie wollen noch mehr vom Falschen. Der „Hohe Vertreter“ der EU-Außen- und Sicherheitspolitik Borrell will aus den EU-

Battlegroups eine Eingreiftruppe mit einer Mannschaftstärke von 5000 machen, der slowenische Ratsvorsitzende fordert gleich 20 000. Sie soll innerhalb kurzer Zeit in Krisenländer verlegt werden können. In Zukunft will die EU aber ebenso wie die USA Drohnenkriege führen können. Die für die Entwicklung erforderlichen Milliarden werden einem eigenen Rüstungstopf entnommen, in den auch Österreich einzahlt. Der deutsche Grünen-Vorsitzende Habeck drückte das so aus: *Das heißt, wenn wir als Europäer nicht komplett von den Amerikanern abhängig sein wollen, dass wir als Europäer – ich glaube keine Nation in Europa kann das alleine leisten – weltpolitikfähiger werden müs-*

sen – das schließt militärische Einsatzmöglichkeiten mit ein. Wenn die Nachaffung der desaströsen Weltpolitik der USA die Zukunft der EU sein soll, dann gute Nacht!

Wenn nun Weißrussland mehrheitlich afghanische und irakische Flüchtlinge auf die Reise an die Grenze zu Polen und dann weiter nach Deutschland schickt und dort von Krieg gesprochen wird, dann schickt es sie dorthin, von wo der Krieg seinen Ausgang genommen hat: in EU- und NATO-Länder. **Diese werden so mit den Folgen ihrer verfehlten Politik militärischer Interventionen an der Seite der USA konfrontiert.** Vielleicht hilft das beim Umdenken. *Quellen: Schweizerzeit.ch, solidarwerkstatt.at*

Polen und die EU – ein Konflikt mit Potenzial

Es kriselt schon lange im Verhältnis zwischen Polen und der EU-Führung. Dabei wird erkennbar, dass sich die EU immer mehr zu einer fanatischen linksgerichteten Pressure-Group entwickelt, die zur Durchsetzung ihrer Sichtweisen auch vor Sanktionen gegen Mitgliedsstaaten nicht zurückschreckt.

Alles begann im Herbst 2015 mit der Wahl von fünf Verfassungsrichtern durch das polnische Parlament, ein Jahr später erfolgten Gesetze über die Arbeitsweise des Verfassungsgerichtshofes. 2018 wurde eine Disziplinarkammer eingerichtet mit Befugnissen über Richter und Staatsanwälte.

Mit diesen Maßnahmen wollte die regierende konservative Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) vor allem die alten, bis in die Zeit des Kommunismus zurückreichenden Seilschaften und die Korruption innerhalb des polnischen Justizsystems zurückdrängen. Darüber schweigen sich die westlichen Medien aus. Die PiS ist Brüssel nicht nur wegen ihrer Justizreform, sondern auch wegen ihrer Gesetze zur Abtreibung und zu „LGBT-ideologiefreien Zonen“ ein Dorn im Auge.

In der Justizreform sieht Brüssel einen Verstoß gegen EU-Recht, vor allem gegen die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und der Gewaltenteilung. Die polnische Seite sieht das naturgemäß anders und weist diese

Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Staates entschieden zurück. Darüber lässt sich tatsächlich streiten, man denke nur an den Österreichischen Verfassungsgerichtshof, dessen Mitglieder seit Jahrzehnten wie selbstverständlich nach Parteienproporz berufen werden. Wo ist da die Gewaltenteilung?

Schließlich leitete die EU-Kommission im Oktober 2019 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen ein. Daraufhin eskalierte der Konflikt. Im April 2020 ordnete der Europäische Gerichtshof (EuGH) in einer Eilentscheidung an, dass die Disziplinarkammer ihre Arbeit bis zur Klärung des Falls einstellen müsse. Das polnische Verfassungsgericht wiederum entschied, dass vom EuGH angeordnete einstweilige Maßnahmen gegen die polnische Justizreform verfassungswidrig seien. Die EU-Kommission drohte mit finanziellen Sanktionen. Polen lenkte dann teilweise ein: *Wir werden die Disziplinarkammer des Obersten Gerichtshofs in ihrer jetzigen Form abschaffen – und damit wird auch der Gegenstand des Streits mit der EU verschwinden.* Doch dann erfolgte das grundsätzliche Urteil des polnischen Verfassungsgerichts, wonach **Teile des EU-Rechts nicht mit der polnischen Verfassung vereinbar** seien, d.

h. dass EU-Recht nicht über nationalem Verfassungsrecht steht und von diesem für das eigene Territorium für ungültig erklärt werden kann. **So weit ist bisher**

noch kein Mitglied gegangen. Der EuGH reagierte umgehend und verurteilte das Land am 27. Oktober d. J. zur Zahlung eines Zwangsgeldes in Höhe von einer Million Euro pro Tag. Der EuGH folgte damit einer Forderung der EU-Kommission nach Finanzsanktionen gegen Polen.

Polens Regierungschef beklagte sich, dass die EU bald kein Bund freier, gleicher und souveräner Staaten mehr sei.

Die ungarische Regierung meinte dazu: *Man strebt danach, ohne Änderung der EU-Verträge und durch schleichende Kompetenzerweiterungen den Mitgliedsstaaten Befugnisse zu entziehen, die diese nie an die EU abgetreten haben. Die Verfassungsgerichte der Mitgliedsstaaten seien sehr wohl befugt, den Umfang und die Grenzen der Befugnisse der EU zu überprüfen.*

Inzwischen hat sich die Lage wieder etwas beruhigt, denn die EU braucht Polen zum Grenzschutz gegen Weißrussland, den sie selbst nicht zu leisten gewillt ist. *Quellen: Nachrichtenagentur MIT, wikipedia.org*

Dies ist ein weiteres Beispiel der bis jetzt bewährten Salomitaktik der EU. Entscheidende Fragen zu Wesen, Sinn und Zielen des Integrationsprozesses und zur letzten Rechtshoheit werden offen gelassen, um sich einen Interpretationsspielraum zu sichern, den man zu gegebenem Zeitpunkt zur eigenen Kompetenzsteigerung und Machtkonzentration ausspielt. Konflikte, wie schon mit dem Deutschen Bundesverfassungsgericht im vorigen Jahr über das Anleihekaufprogramm der EZB, sind damit vorprogrammiert. Das Positive ist, dass immer mehr Mitgliedsstaaten diese Taktik durchschauen und sich ihr widersetzen.

Die grüne Ideologie wird die Identität der Kinder zerstören

In diesen Wochen bereitet die Gender-Lobby im Bundestag einen folgenschweren Angriff auf unser bürgerliches Wertefundament vor. Es ist zugleich ein Anschlag auf unser aller Identität, auf die Identität unserer Kinder, auf die Autonomie der Familie.

Stellen Sie sich vor, Ihre 14jährige Tochter findet es schick, ein Junge zu sein. Sie geht zum Standesamt und läßt ihr Geschlecht „umtragen“. Sie können dagegen nichts machen. Als Eltern müssen Sie die Lebenslüge Ihrer Tochter stützen und fördern. Bis hin zur operativen Kastration, bei der Ihrer Tochter Brüste und Gebärmutter entfernt werden. Sonst droht Ihnen der Verlust des Sorgerechts.

Für die Familien kann dieser Alptraum bald entsetzliche Realität werden. Denn die Grünen haben das passende „Selbstbestimmungsgesetz“ seit langem in der Schublade – und warten nur darauf, es als neue Regierungspartei schnellstmöglich umzusetzen. Sollte eine Ampel-Koalition die freie Geschlechtswahl für Kinder und Jugendliche einführen, dann wird im nächsten Schritt der Anspruch auf den (operativen) Geschlechtsumbau folgen.

Dahinter steht ein furchterregendes Menschenbild. Ein Menschenbild, das unsere Kinder ohne Rücksicht und Skrupel einer vernichtenden Machbarkeitsideologie ausliefert. Dagegen braucht es ein starkes Bündnis von Bürgern, das den Protest bündelt und diesen kraftvoll an die verantwortlichen Politiker zurückleitet.

Sven von Storch

Die Zivile Allianz e.V., Trägerverein der Initiative Familien-Schutz, Berlin

Asylrecht soll nicht wie in einem Supermarkt funktionieren

Tatsächlich ist Asyl heute gleichbedeutend mit Wirtschaftsmigration geworden, wo sich jeder Migrant – durchaus verständlich – ein besseres Leben wünscht. So wie in einem Supermarkt geht man dann dorthin, wo die Wünsche schneller und billiger erfüllt werden. Dieser Supermarkt heißt – gleich einem Zauberwort „Asyl“. Jeder afghanische Dorfbewohner, wo das Jahreseinkommen oft nicht mehr als 100 Euro beträgt, hat inzwischen begriffen, dass er spätestens nach dem Grenzübertritt ins „Gelobte Land“ (Österreich) nur „Asyl“ zu sagen braucht, um zumindest die nächsten Jahre für sich und seine Familie ausgesorgt zu haben. Somit ist die Genfer Flüchtlingskonvention – wie eigentlich jedem Migrationsexperten klar sein sollte – obsolet geworden, da sie die Entwicklungen der letzten 50 Jahre, spätestens seit dem Fall des Eisernen Vorhangs, nicht berücksichtigt.

Efgani Dönmez, ehem. Sozialarbeiter, Abgeordneter zum Nationalrat.

Quelle: Gastkommentar in Info-DIREKT 39/2021

Zypern will Bearbeitung von Asylanträgen aussetzen

Der griechische Teil der Insel will angesichts der steigenden Zahl von illegalen Grenzübertritten die Bearbeitung von Asylanträgen vorläufig beenden. Zypern werde bei der EU-Kommission einen Antrag stellen, um „Asylanträge von Menschen, die illegal ins Land kommen, auszusetzen“, sagte Regierungssprecher Marios Pelekanos heute. Die Migrationskrise habe einen „demografischen Wandel“ und „akute sozioökonomische Aus-

wirkungen“ zur Folge.

Zypern hat nach eigenen Angaben im Verhältnis zu seiner Bevölkerung die höchste Zahl von Asylerstanträgen unter allen 27 EU-Mitgliedern. Die Regierung wirft der Türkei vor, für die Krise verantwortlich zu sein, indem sie Personen aus der Türkischen Republik Nordzypern den Grenzübertritt ins EU-Land Zypern ermöglicht. Laut Pelekanos überquerten in den ersten zehn Monaten des Jahres fast 9.300

Menschen auf illegale Weise die Trennungslinie zwischen dem türkischen und griechischen Teil der Insel. *Quelle: zeit.de*

Wären das nicht ebenfalls brauchbare Argumente für Österreich? Das kleine EU-Land Zypern scheut sich nicht davor, sogar das Asylrecht zeitweise außer Kraft zu setzen, wenn damit eine wirtschaftliche Destabilisierung oder gesellschaftliche Spaltung des Landes verhindert werden kann.

Ist die digitale Identität der EU-Bürger bereits auf Schiene?



Covid-19 könnte der EU dabei helfen, die digitale Identität von Bürgern aus EU-Mitgliedsländern voranzutreiben. EU-Ratspräsident Charles Michel sagte bei einer Veranstaltung in Estland, Gespräche mit der Kommissi-

on und dem Parlament hätten „große Fortschritte“ gebracht. Er fügte hinzu, die Pandemie war in dieser Weise hilfreich, dass sie den digitalen Zugang zu „sehr konkreten und nützlichen Lösungen“ wies. Oder wie die EU-Kommission es formulierte: „Für eine total-vernetzte Welt von morgen, wo miteinander verbundene Geräte sich ausbreiten und di-

gitale Transaktionen eine Vervielfachung erfahren werden, um die Möglichkeit individueller Identitäten in ihrer Einmaligkeit und Exaktheit zu schaffen, von entscheidender Bedeutung sein werden.“

Quelle: Newsletter PN231 von people.ie; Übersetzung durch NFÖ-Red.

Lesermeinungen - Stimmen aus dem Volk

EU-Figuren ohne demokratische Legitimation

Von wem sind diese beiden - von der Leyen und Schallenberg - gewählt? Vom Volk oder von irgendwelchen Funktionären? Haben Putin und Orban nicht die bessere demokratische Legitimation als diese beiden EU-Figuren?

Auch Italien hat einen kommissarischen Verwalter bekommen, nicht vom Volk gewählt, sondern von der EU ausgesucht. Dieser will jetzt mit brutalen Mitteln das internationale Corona-Regime gegen das Volk durchsetzen.

Die Europäische Union ist auf dem besten Weg, eine neue Sowjetunion zu werden, eine Corona-Diktatur, wo nur mehr Kommissare bestimmen und nicht mehr das Volk.

Und es gibt leider genug Schafe, die da mitlaufen und glückliche Sklaven. Halten wir sie auf!!!

Dr. Werner Königshofer, Wattens

Gen-Impfung nur zu unserem Besten?

Ian Watson sagte einmal: „Wenn du überredet, ermahnt, unter Druck gesetzt, belogen, durch Anreize gelockt, gezwun-

gen, gemobbt, bloßgestellt, beschuldigt, bedroht, bestraft und kriminalisiert werden musst...“

Wenn all dies als notwendig erachtet wird, um deine Zustimmung zu erlangen - kannst du absolut sicher sein, dass das, was angepriesen wird, nicht zu deinem Besten ist.“

PS: Nicht umsonst sind in Deutschland mehr als 23.000 Ärzte aus der Impffakti- on ausgestiegen.

Fritz Loindl, Oberwang

Corona-Pandemie

Der Aussage in Ihrer Ausgabe 7-9/2021, „dass die Situation in den Krankenhäusern zu keinem Zeitpunkt auch nur annähernd so war, dass von einer flächendeckenden Notfallsituation gesprochen werden könnte“, muss ich widersprechen.

In den Herbst- und Wintermonaten 2020/21 lag die Behandlungs- und Betreuungssituation in den Intensivstationen der österreichischen Spitäler wochenlang an und über der Kapazitäts- und Zumutbarkeitsgrenze. Am 18.11.2020 wurde von mehr als 100 Corona-Toten, bei 7091 Neuinfektionen, 4592 Spitalpatienten, davon 682 auf Intensivstati-

onen, berichtet. Immer wieder äußerten sich betroffene Intensivmediziner/innen und Pfleger/innen in den Medien über die prekären Zustände, vor allem die außergewöhnlichen Belastungen und den Personalnotstand auf den Covid-Stationen. Wie bekannt, mussten viele Operationen wegen der Corona-Belegungen verschoben werden. Informationen aus dem privaten Umfeld bestätigen diese Aussagen auf bedrückende Weise.

Besonders in Ausnahmesituationen wie dieser erweist es sich, dass weniger „Ich“ und mehr „Wir“ vonnöten wäre.

Georg Weigl, Salzburg

Vergleiche dazu:

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1155556/umfrage/auslastungsgrad-von-normal-und-intensivbetten-durch-corona-patienten-in-oesterreich/>

Bewertung von Covid-19-Maßnahmen ungenügend

In Sachen Covid-19 erlaube ich mir darauf hinzuweisen, dass trotz der Vielzahl von Maßnahmen bisher noch nie von Evaluierungen die Rede war.

Beispielhaft die Masken: Welchen Nutzen bringen sie und welchen Schaden

(Fortsetzung auf Seite 7)

richten sie an? Das Textilgewebe hat eine geometrische Durchlässigkeit von 0,1 mm Durchmesser, die Viren weisen aber einen Durchmesser von 0,0001 mm auf, also ein Tausendstel; freilich bleibt an den Rändern etwas hängen (etwa 3-5 %). Für der Atmung liegt ein Totvolumen vor, d.h. ausgeatmetes CO₂ wird teilweise wieder eingeatmet, mit der Folge einer Verringerung der physischen Leistungsfähigkeit, die messbar sein sollte. Wurde darüber die Öffentlichkeit informiert? „Testen, testen, testen“ heißt es, das führt zu Rohdaten für die Statistik. Wie erfolgt die Auswertung, um Schlüsse für zielführende Vorschriften zu finden? Nichts habe ich darüber gehört oder gelesen, dass die Umluft von Lüftungs- und Klimaanlage öffentlicher Orte virocid

gefiltert werden sollte. UV-Licht und Ultraschall (z.B. Hundepfeifen) wären aber leicht und kostengünstig verfügbar. Eine solche Methode würde die Virenkonzentration herabsetzen, unabhängig von der Mutation. Übrigens, wie wird die Virenkonzentration gemessen? Die Messung der Ultrafeinpartikel ist bekannt aus der Abgasmessung für Motoren, aber wie werden die Viren ausgesondert? Welche Dosen (= Konzentration x Expositionszeit) sind eigentlich kritisch a) für einen Durchschnittsmenschen und b) für Empfindliche? Es besteht für den Durchschnittsbürger der Eindruck eines Mangels in der Hierarchie des logischen Denkens.

Leserbriefschreiber der Red. bekannt

CO₂-Pass, um korrektes Umweltverhalten zu beweisen?

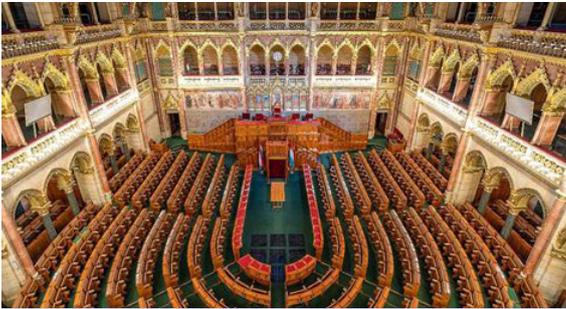
So wie auf Sicht ein in vielen Ländern längst existierender „Impfpass“ darüber entscheidet, wer was darf oder eben nicht darf, wird es in wohl gar nicht weit entfernter Zukunft auch einen CO₂-Pass geben, der akribisch festhält, ob Sie wann und wo wieviel getankt haben, wie viel Heizöl Sie gekauft haben oder schlimmstenfalls wie viel nicht aus der Retorte gebohenes „Fleisch“ Sie eingekauft haben.

Axel Retz, freier Journalist

Liebe Leserbriefschreiber! Für Ihre Stellungnahme danken wir Ihnen herzlich. Gleichzeitig bitten wir Sie um Verständnis, wenn wir aufgrund einer Vielzahl von Zuschriften nicht alle Leserbriefe abdrucken oder nur Auszüge aus Ihrem Schreiben bringen können und fallweise Kürzungen vornehmen müssen. Wir stellen fest, dass die hier veröffentlichten Leserbriefe nicht in allen Punkten mit unserer Meinung übereinstimmen müssen.

Positives, Erfreuliches, Nachahmenswertes...

Familienpolitisch ist Ungarn für Europa vorbildlich



*Ungarisches Parlament – Sitzungsraum
Bild: 24.hu*

Die EU-Institutionen und Deutschland haben ein medial breitgetretenes „Feindbild Ungarn“ aufgebaut. Das dürfte nicht nur damit zusammenhängen, dass Orbán auf EU-Ebene nicht zu allem mit dem Kopf nickt, sondern auch seine eigenen Anschauungen kundtut, die in Ungarn von breiten Bevölkerungskreisen geteilt werden. Ein maßgeblicher Grund dürfte auch sein, dass die ungarische Politik ein traditionelles Familien- und Gesellschaftsbild vertritt, das der links-grünen Ideologie, deren Vertreter schon aufschreiben, wenn sie die Worte „Familie“ (zumindest wenn eine aus biologischem Vater, Mutter und Kind damit gemeint ist), „Volk“ und „Nation“ auch nur hören, diametral entgegengesetzt ist. Das passt

den Verfechtern einer „Ehe für alle“ und eines „Rechts auf Abtreibung“ einfach nicht. Ab 2010 hat Ungarn gleichwohl unbeirrt verfassungsrechtlich die Weichen in Richtung Familie gestellt. So heißt es u. a. in der ungarischen Verfassung: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Jeder Mensch hat das Recht

auf Leben und auf Menschenwürde, dem Leben des Embryo gebührt von der Empfängnis an Schutz (...) Ungarn schützt (...) die Familie als Grundlage des Fortbestands der Nation.

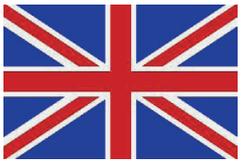
Vor allem ist man erfolgreich dabei, den demographischen Rückgang, der für 2050 nur noch 9,5 Millionen Ungarn voraussagt, zu stoppen.

Dazu ein paar demographisch und familienpolitisch relevante Zahlen, die die positive Entwicklung Ungarns von 2010 bis 2019 anschaulich verdeutlichen:

Kinderzahl pro Frau: 1,25 > 1,5 (ein Plus von 20 Prozent); Abtreibungen: 40.449 > 25.800 (ein Minus von 36 Prozent), Ausgaben für Familienpolitik (BIP-Anteil) von 3,5% auf 4,87% (2018). Familienpo-

litische Entscheidungen: Kinderbetreuungsgeld wird bezahlt (70% des Gehalts für zwei Jahre nach Geburt), das Kinderbetreuungsgeld kann auch von Studenten in Anspruch genommen werden. Ein zentrales Instrument des ungarischen Familienhilfesystems ist die 2011 eingeführte Familiensteuervergünstigung. In der Folge muss die Mehrheit der Familien mit drei oder mehr Kindern keine Einkommensteuer zahlen. Das Programm „Frauen 40“ (Altersrente für Frauen mit einem 40-jährigen Anspruchszeitraum ohne Altersbeschränkung) wurde 2011 eingeführt. Ziel dieser Maßnahme ist es, Großmüttern die Möglichkeit zu geben, ihre Kinder aktiv bei der Betreuung der Enkelkinder zu unterstützen. Die Zahl der Leistungsempfänger dieser „Großmutterrente“ hat bis 2018 bereits 241 000 überschritten. Dazu kommt seit 2019 ein 7-Punkte-Aktionsplan zur Förderung der Familie, der eine weitere Unterstützung junger Ehepaare und Einkommensteuerbefreiung für Mütter mit vier oder mehr Kindern u.v.a.m. vorsieht. *Quellen: <https://www.koppmariaintezet.hu/en>, Ungar. Statistisches Zentralamt, Eurostat, Josef Kraus, Lehrer, Psychologe, Vilsbiburg.*

Britischer Justizminister will keine Unterordnung mehr unter den EGMR



Mit der Übernahme der Europäischen Menschenrechtskonvention in das britische Recht 1998, wurde der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg auch für Großbritannien zuständig. Da beide offiziell nicht zur EU gehören, bestehen die daraus erwachsenen Verpflichtungen auch nach dem Brexit weiter fort.

Der britische Justizminister Dominic Raab will jetzt diesem Korsett entkommen. Der EGMR mache zu viele Vorschriften und erlege dem Staat zu viele Verpflichtungen auf. Sein Einfluss soll zurückgedrängt und der britischen Gerichtsbarkeit untergeordnet werden.

Raab nannte bei der Vorstellung seiner Pläne Mitte Oktober die Verhinderung der Abschiebung ausländischer Straftäter durch den EGMR und seine Einmischung in den staatlichen Gesundheitsdienst, in die Sozialleistungen, in die Polizei und das Militär als Gründe. *Quelle: epochtimes.de*

Der britische Justizminister hat die Problematik im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft beim EGMR klar aufgezeigt und ebenso die notwendigen Konsequenzen, die sich für GB daraus ergeben. Dänemark hat sogar als Teilmitglied der EU in Justiz- und Migrationsgesetzgebung ebensolche souveränen Entscheidungsmöglichkeiten wie Großbritannien. In strittigen Fällen kann das Volk darüber abstimmen.

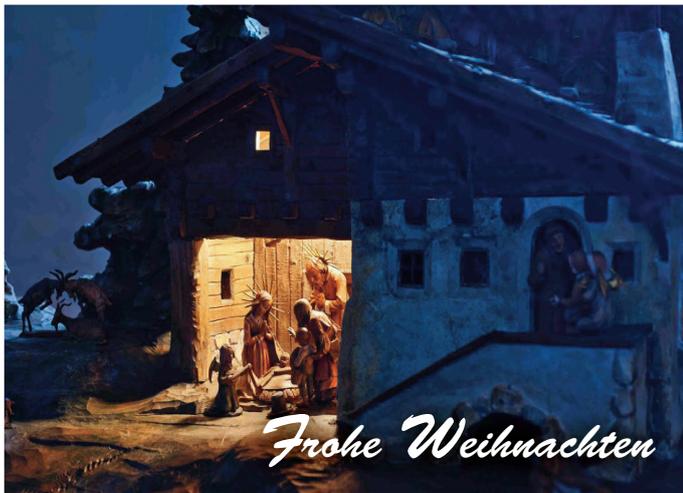


Bild: altertuemliches.at

Sachsen schafft Gender-Zeichen in den Schulen ab

Gemäß einem Schreiben des zuständigen Ministeriums an die Direktoren zu Beginn des neuen Schuljahres sollen künftig an sächsischen Schulen keine Sonderzeichen für eine geschlechterneutrale Sprache mehr verwendet werden. Dabei geht es um offizielle Schreiben, Briefe an die Eltern sowie Unterrichtsmaterialien. Gendersternchen, Doppelpunkt, Unterstrich u. dgl. sind nicht mehr vorgesehen. Diese Sonderzeichen erfüllen weder die Kriterien für eine gendergerechte Schreibweise, noch entsprechen sie den aktuellen Festlegungen des Amtlichen Regelwerks, hieß es in dem Schreiben. Stattdessen empfiehlt das Ministerium die Verwendung von Paarformen wie „Schülerinnen und Schüler“ oder geschlechtsneutrale Formulierungen wie etwa „Lehrkräfte“. Mit der Regelung soll vor allem Klarheit geschaffen werden. Ziel ist eine gendergerechte und verständliche Sprache.

Quelle: die-tagespost.de



Waldboden in Latzfons/Südtirol – Ende Oktober

Ein fröhliches Herbstbild von einem unsichtbaren Künstler für uns Menschen gezaubert, nicht mit Pinsel und Farbe, sondern gerade einmal mit leichtem Windhauch.

Bild: RP

Wir bitten um Ihre Unterstützung

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns! Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wenngleich wir offen gestehen, dass finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Portokosten eine große Hilfe wären. **Wir erhalten keinen Cent aus Steuermitteln oder öffentlichen Fördertöpfen.**

Allen unseren bisherigen Spendern sagen wir ein herzliches Dankeschön! Bitte Adressenänderung frühzeitig bekannt geben. Teilen Sie uns bitte – wenn möglich – auch die Adressen von interessierten Bekannten mit. Danke!

Wichtiger Hinweis!

Im Zusammenhang mit der Neuverteilung der Aufgaben haben wir auch ein neues Konto bei der Volksbank Salzburg eröffnet. Die IBAN-Nummer lautet: **AT53 4501 0001 0925 8996.**

Die alten Erlagscheine von der VB Tirol (IBAN: AT31 4239 0000 0002 9637) haben nur noch Gültigkeit bis Ende des Jahres.

Redaktionsschluss: 13. November 2021

Blattlinie: Für Neutralität, Direkte Demokratie und Souveränität, unter Beachtung der Gesetze der Republik Österreich.
Impressum: Verantwortlich für Inhalt u. Gestaltung: Bündnis *Neutrales Freies Österreich* – NFÖ, 1230 Wien, Schimekgasse 30 (neues NFÖ-Büro) und 6010 Innsbruck Postf. 110, Telefon (neu): 0676-4065409, buendnis@nfoe.at, DVR3000098; Druck: Sterndruck, Fügen